säumnis bezichtigt, weil sie es bisher nicht fertiggebracht habe den „Kernpunkt aller außenpolitischen Fragen", wie ihn Luderdorff und Genossen auffassen, in den Mittelpunkt des Weltgeschehens zu stellen.

Selbstverständlich sind unsre „nationalen" Offiziere auch gegen die Militärkontrolle durch den Völkerbund. Sie haben zwar den Krieg verloren, aber daß sich daraus gewisse Folgen ergeben, konnten sie bei ihrem Mangel an politischem Verstand heute noch nicht erkennen. In Anbetracht dieser Geistesverfassung ist es ihnen nicht zu verübeln, wenn sie bei all dem Unfug, den sie propagieren, auch die Londoner Vereinbarungen verwerfen und sie als „eine Schädigung der wirtschaftlichen Belange Deutschlands" betrachten.

Hindenburg, wie wird dir?

Um die Räumungstermine

P. **Paris**, 13. Mai. (Eig. Drahtb.). Die zuständigen Stellen verweigern jede Auskunft über die am Dienstag vom französischen Ministerrat auf Vorschlag Briands festgelegte **Haltung Frankreichs in der Entwaffnungsfrage.** Halbamtliche Aeußerungen beschränken sich auf die Feststellung, daß Frankreich nach wie vor die Festlegung eines Termins für die Räumung von Köln ablehne und deren Zeitpunkt ausschließlich **von der Erfüllung der Deutschland von der Kontrollkommission zu stellenden Bedingungen abhängig mache.** Wenn demnach für die Meldung des „Matin", wonach die Räumung von Köln in diesem Jahre als durchaus unwahrscheinlich anzusehen sei, keine Bestätigung vorliegt, so deuten doch einzelne Abendblätter vom Mittwoch an, daß die Durchführung der Maßnahmen, die Deutschland auferlegt werden, voraussichtlich ziemlich lange Zeit in Anspruch nehmen werde, weil einige von ihnen, wie die verlangte **Entmilitarisierung der Schutzpolizei,** die Verabschiedung verschiedener Gesetze durch den Reichstag bedinge; andere, wie die Zerstörung des unerlaubten Kriegsmaterials und vor allem der zahlreichen Fabrikanlagen, zu dessen Herstellung sehr langwierige Arbeiten und Kontrollmaßnahmen erforderten.

S. **London**, 13. Mai. (Eig. Drahtb.) Reuter erfährt, daß der Standpunkt der britischen Regierung bezüglich der Räumung des Ruhrgebiets der ist, daß zum festgesetzten Termin im August dieses Jahres (15. August) geräumt werden muß, wenn Deutschland seine Verpflichtungen (Dawesplan) erfüllt. Die Räumung der Kölner Zone jedoch hänge **von der Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage ab.**

•

Amerikas Sorge über Durchführung des Dawesplans

U. **Neuyork**, 13. Mai. (Eig. Drahtb.) Aus amerikanischen Regierungskreisen verlautet, daß die Regierung inoffizielle Schritte bei den Alliierten unternimmt, um von diesen **die Zusicherung zu erhalten, daß der Dawesplan unter allen Umständen durchgeführt werde.** Für Ende dieser Woche ist eine Konferenz zwischen Coolidge, Kellogg und dem neuen amerikanischen Botschafter in Berlin, Schurmann, vorgesehen, die der gleichen Angelegenheit dienen soll.

•

England für Deutschlands Eintritt

P. **Paris**, 13. Mai. (Eig. Drahtb.) Der englische Botschafter hat im französischen Außenministerium den Text der englischen Antwort auf den deutschen Sicherheitsvorschlag überreicht. Aus dieser Note ist so viel bekannt, daß England keine Bedingungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund stellt. Bemerkenswert ist auch, daß über die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland nichts in der Note enthalten ist. Sie vertritt im großen und ganzen den Standpunkt einer Diskussion des deutschen Vorschlages.

Um das steuerfreie Einkommen

Im Steuerausschuß des Reichstages gab die Regierung am Mittwoch einen Ueberblick über die Höhe des Steuerausfalls, der bei der Erhöhung des steuerfreien Lohneinkommens eintreten würde. Aus der Erklärung ergeben sich folgende Zahlen: Von rund 63 Millionen deutschen Staatsbürgern sind etwa 28 Millionen steuerpflichtig (21 Millionen Arbeitnehmer und 7 Millionen Veranlagte). Der Gesamtlohn beträgt 30,2 Milliarden Mark im Jahre. Davon sind 18 Milliarden steuerfrei. Es verbleibt also ein steuerpflichtiger Gesamtlohn von 17,2 Milliarden Mark, der pro Jahr 1500 Millionen Mark Steuern abwirft, da die Versteuerung im Durchschnitt 8,7 Prozent beträgt. Jede Erhöhung des steuerfreien Einkommens um 5 M. pro Monat würde einen Steuerausfall von rund 94 Millionen Mark bedeuten. Das bei einem steuerfreien Lohneinkommen von 720 M. pro Jahr erzielte Aufkommen von 1500 Millionen Mark würde sich ermäßigen: bei einem Steuerbetrag von

840 M.	auf	1 311	Millionen M.
900 „	„	1 217	„ „
960 „	„	1 123	„ „
1 020 „	„	1 029	„ „
1 080 „	„	935	„ „
1 140 „	„	841	„ „
1 200 „	„	745	„ „

Die Verminderung des Gesamtsteueraufkommens bei gleichzeitiger Erhöhung des steuerfreien Einkommens würde sich nur vermeiden lassen, wenn die Löhne eine entsprechende Erhöhung erführen, und zwar müßte die Steigerung bei einem steuerfreien Lohnsatz von 840 M. 7 Prozent betragen, steigend bis auf etwa 26 Prozent bei einem steuerfreien Lohneinkommen von 1200 M. Gegenüber diesen Ausführungen des Regierungsvertreters betonte Genosse Hertz, es sei die unumstößliche Meinung seiner Partei, daß vor einer Ermäßigung irgendwelcher Besitzsteuern ein Abbau der Lohn- und Umsatzsteuer erfolgen müsse. Eine Milderung der Umsatzsteuer dürfe unter keinen Umständen abhängig gemacht werden von den Ergebnissen der Einkommen- und Vermögenssteuern oder andrer tariflicher Einnahmen. **Das steuerfreie Einkommen müsse auf 100 M. im Monat festgesetzt** werden. Die sozialdemokratische Partei würde es nicht mehr dulden, daß die Lohnsteuer wie bisher die stärkste Einnahmequelle des ganzen Steuerwirtschaft bleibe. Die Ausfallsberechnungen der Reichsregierung seien falsch. Die auf die Praxis gestützte Berechnung ergäbe, daß eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens auf 100 M. nur einen Ausfall von 25 bis 28 Millionen im Monat oder 300 bis 330 Millionen M. im Jahre zur Folge haben würde.

Auch Abg. Schneider (Dem.) hält das Lohnsteuersystem für reformbedürftig und verlangt durch ein sofort vorzulegendes Notgesetz eine **Milderung des Steuerdruckes.** Staatssekretär Popitz vom Reichsfinanzministerium erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, die Lohnsteuer durch Heraufsetzung des steuerfreien Existenzminimums zu ermäßigen. Die Regierung könne aber eine Erhöhung über 75 M. pro Monat nicht verantworten. Bei einem ledigen Menschen würde sich dann eine Steuerbelastung ergeben, die bei einem Jahreseinkommen von 1200 M. gleich 2,5 Prozent wäre und sich auf 8,9 Prozent bei einem Jahresverdienst von 8400 M. steigen würde. Bei einem Steuerpflichtigen mit 3 Kindern würde sich die Lohnsteuer bei 1200 M. Jahreseinkommen auf 1,8 Prozent ermäßigen und bis 6,3 Prozent bei 8400 M. Jahreseinkommen steigern. Einer Abänderung des bisherigen Systems durch Einführung fester Abzüge bei der Lohnsteuer würde sich die Regierung widersetzen. Abg. Brüning (Zentr.) schlägt vor, das Erträgnis der Lohnsteuer im Beharrungszustand auf 1,2 Milliarden zu begrenzen. Das steuerfreie Existenzminimum müsse auf 80 M. monatlich erhöht werden. Für jedes Kind oder unterstützungspflichtige Familienmitglied könnten weitere 2 Prozent in Abzug gelangen. Das Ziel der Zentrumspartei bleibe ein steuerfreies Einkommen von 100 M. monatlich. Abg. Hartwig (Dnat.) hält ein steuerfreies Existenzminimum von 80 M. und eine Verdoppelung des Kinderabzuges vom ersten Kinde an für ratsam. Genosse Maier, Baden, wendet sich gegen die Ablehnung einer Systemänderung durch die Reichsregierung und fordert im Interesse der sozialpolitischen Gerechtigkeit die Einführung fester Abzüge. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung stimmen den Vorschlägen des Zentrums und der Deutschnationalen zu. Abschließend fand eine sozialdemokratische Entschließung Annahme, in der die Reichsregierung ersucht wird, dem Ausschuß alsbald Vorschläge darüber zu machen, wie der steuerfreie Einkommensteil bei den Lohnsteuerpflichtigen zur vollen Anrechnung gebracht werden kann, die nicht dauernd voll beschäftigt sind. Dann vertagte sich der Ausschuß auf Donnerstag.

Weitere 30 000 Eisenbahner als Opfer?

D. **Berlin**, 14. Mai. (Eig. Funkspruch.) Am Dienstag fand in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft eine Sitzung der Direktionspräsidenten statt. Von maßgebender Stelle wurde darauf verwiesen, daß der Personalbestand der Reichsbahn im Augenblick 765 000 Köpfe zähle, im Frieden dagegen nur 700 000, so daß ein weiterer Abbau in gewissen Grenzen unvermeidlich sein würde. **Man denke an den Abbau von weiteren 30 000 Eisenbahnern.**

Diese Art „Begründung" ist ungeheuerlich. Vorläufig scheint es sich jedoch zunächst um einen Schreckschuß zu handeln. Der Versuch der Durchführung dieser Drohung — die einem Verbrechen gleichkommt — wird unübersehbaren Kampf auslösen.

Aufstandsspielerei

Schwere Verurteilung der Kommunisten. — Die Faschisten bleiben frei

Z. **Leipzig**, 13. Mai. (Eign. Drahtb.) Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatten sich wegen Hochverrats, Beihilfe zum Hochverrat, Sprengstoffverbrechens, unbefugten Waffenbesitzes und schweren Diebstahls die Kommunisten Dreher Bechtle aus Freudenstadt und vier Genossen zu verantworten. Im Jahre 1923/24 haben die Angeklagten gemeinschaftlich Sprengstoffe gestohlen und daraus Handgranaten hergestellt. Unter anderem wurden bei dem Angeklagten Bechtle größere Mengen Handgranaten, Zünder und Konservenbüchsen gefunden. Der Angeklagte Speiser hat an dem Diebstahl eines Maschinengewehres in Freudenstadt teilgenommen. Die Faschisten hatten auf dem dortigen Bahnhof mehrere Maschinengewehre und Waffen versteckt, die von den Kommunisten gestohlen wurden. Die Angeklagten wurden wegen Sprengstoffverbrechens und Vergehens nach § 7 des Republikschutzgesetzes verurteilt. Es erhielten Richard Bechtle und Wilhelm Bechtle je drei Jahre Gefängnis und 300 M. Strafe. Schittenhelm ein Jahr Gefängnis und 100 M. Strafe. Speiser und Reinhold Bechtle erhielten je sechs Monate Gefängnis und 100 M. Strafe.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hatten sich gleichzeitig in zweitägiger Verhandlung drei Mecklenburger Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehens gegen das Republikschutzgesetz und unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten. Sie waren angeklagt der Landwirt Daniel Platz und zwei Genossen aus Neustrelitz. Im September 1923, als die faschistische Gefahr in Mecklenburg besonders groß war, hatte Platz in einer kommunistischen Versammlung zur Bildung von Hundertschaften aufgefordert. Auch sollten von den Arbeitern Brandkommandos gebildet werden, um Bauerngüter und Benzintanks in Brand zu setzen. Dadurch sollte die Schupo aus der Kaserne gelockt und die Kaserne darauf von den Kommunisten besetzt werden. Auch hatten die Kommunisten Sicherheitsmaßnahmen zu einem Putsch getroffen. Sobald die Faschisten losschlugen, wollten sie zwei Minister und den Bürgermeister von Neustrelitz als Geiseln wegbringen. Der Plan wurde durch Spitzel der Polizei verraten. Es erhielten Platz drei Jahre Gefängnis und 300 M. Strafe, Schönemann ein Jahr drei Monate Gefängnis, Kehnscherper ein Jahr Gefängnis und 100 M. Strafe.

Von einem Vorgehen gegen die Faschisten und deren Waffenschiebungen und Aufstandsversuche hört man nichts.

Keine polnische Wirtschaft!

Der Presse wird folgender Bericht übergeben:

Das Korridorschiedsgericht, das gestern die Unfallstelle des Eisenbahnunglücks bei Stargard besichtigt hat, hat eine vorläufige Entscheidung gefällt, nach der der Zustand der Strecke an der Unfallstelle — soweit es sich jetzt, also nach zehn Tagen, noch übersehen läßt — nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die eingehende Besichtigung der auf der Unfallstelle zurückgelassenen 25 Schwellen ergab, daß sie aus brauchbarem Material bestanden. Aber auch die durch den Unfall zertrümmerten Ueberbleibsel von etwa 80 Schwellen, die von der polnischen Eisenbahnverwaltung auf dem Bahnhof Stargard gesammelt und aufbewahrt wurden, ergaben nach eingehender Prüfung, daß es sich um gesundes Material gehandelt hat, abgesehen von einzelnen morschen Stellen, die auch bei normalen Verhältnissen vorkommen. Der Zustand der an der Unfallstelle angrenzenden Streckenteile wies keine erheblichen Mängel auf, die die Betriebssicherheit gefährden könnten.

Ob dies alles stimmt, steht dahin. Man muß erst abwarten, ob man nun auch das Attentat wird nachweisen können. Eine Ungeheuerlichkeit bleibt es, daß Polen alle Entschädigungsansprüche ablehnt.

Frankreich schlägt auf Marokko

P. **Paris**, 14. Mai. (Eig. Funkspruch.) Die Regierung teilt in einer amtlichen Erklärung mit, daß am Mittwoch die französische Gegenoffensive gegen Marokko begonnen hat. Die unter dem Befehl des Generals Colombat stehenden Truppen haben, unterstützt von starker Artillerie und zahlreichen Flugzeuggeschwadern, das Massiv von Tibane nördlich Oergha angegriffen, in dem sich die Truppen Abd el Krims nach allen Regeln des modernen Stellungskrieges verschanzt haben. Die offiziellen Mitteilungen über den Gegenangriff besagen weiter, daß die Offensive „erfolgreich" fortgesetzt wird.

Kleine politische Nachrichten

Die Parteien tragen die Stimmzettelkosten

B. **München**, 13. Mai. (Eign. Drahtb.) Die bayerische Regierung hat im Landtag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Landtagswahlgesetzes eingereicht, der u. a. für Bayern die Einführung des amtlichen Stimmzettels bringt. Dem dadurch begünstigten Auftreten unbedeutender Sondergruppen wird durch die vorgesehene Beteiligung der Parteien an den Stimmzettelkosten entgegengewirkt. Vor der Einzahlung des erforderlichen Betrages durch die einzelnen Parteien soll deren Wahlvorschlag überhaupt nicht in den amtlichen Stimmzettel aufgenommen werden dürfen.

Gegen Zollwucher und Landarbeiterelend

Deutscher Reichstag

SPD. **Berlin**, 13. Mai.

Wenn schon bei der Behandlung industrieller Fragen die Rechtsparteien für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung keine besondere Achtung haben, so gilt für sie bei der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für

Ernährung und Landwirtschaft

der arbeitende Mensch überhaupt nichts, der Profit dagegen alles. Als in der Mittwochsitzung des Reichstages Genosse Jäcker, Ostpreußen, sich mit besonderer Eindringlichkeit **der Lage der landarbeitenden Bevölkerung** annahm, da wurde er von der rechten Seite wiederholt mit Zurufen der Ungeduld und mit Ausbrüchen gezwungener Heiterkeit unterbrochen, und der folgende Redner, ein Deutschnationaler selbstverständlich, meinte mit mißachtender Betonung, daß die Ausführungen unsres Genossen „nur einen Teil" der Aufgaben des Ernährungsministers umfaßten. Allerdings nur einen Teil, aber, wie die Sozialdemokratische Partei behauptet, den wichtigsten **Teil, nämlich die Pflege der arbeitenden und schaffenden Menschen.**

Welche Einschätzung die Landarbeiter bei den Großgrundbesitzern finden, dafür erbrachte Genosse Jäcker eine Fülle von Nachweisen, vor allem aus seiner ostpreußischen Heimat, dem Paradies der ostelbischen Agrarier. Er führte aus:

Abg. Jäcker (Ostpreußen, Soz.):

Als der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sein Amt antrat, wurde er von den Großgrundbesitzern mit eisigem Schweigen begrüßt. Das Mißtrauen gegen ihn hat sich aber bald gelegt, denn kaum hatte er sein Amt angetreten, als er den Schutzzollgedanken in die Debatte warf. Schon im Juli 1924 hat die Regierung die Zollvorlage eingebracht. Wenn es den Großgrundbesitzern bisher nicht gelungen ist, sie zum Gesetz zu erheben, so verdanken wir das in erster Linie dem

entschlossenen Auftreten der Sozialdemokratischen Partei.

Die Kleinbauern wissen, daß ihnen der Schutzzoll keine Hilfe bringt, auch die Landarbeiter, denen man gesagt hatte, wenn erst die Zwangswirtschaft beseitigt wäre, dann würden sie höhere Löhne erhalten, wissen, daß ihnen der Schutzzoll nichts nützt. Der Landbund will nun den Verbrauchern klarmachen, daß „das Ausland" den Zoll trägt. In Wirklichkeit wird

der Zoll von den Verbrauchern getragen,

und wenn wir die Zollsätze der Vorkriegszeit hätten, dann müßten die Verbraucher 784 Millionen im Jahre mehr aufbringen. Wir wehren uns ganz entschieden dagegen, daß man, nachdem man den Ruhrindustriellen 715 Millionen geschenkt hat, jetzt auch noch **den Großgrundbesitzern ein Geschenk von 734 Millionen machen will.** (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Krise, unter der die Landwirtschaft zu leiden hat, ist verursacht durch den Kapitalmangel, sie leidet aber nicht allein daran. Es müssen der Landwirtschaft langfristige Kredite zu erträglichen Zinsen gegeben werden, der Schutzzoll bringt ihr keine Erleichterung. Diese Auffassung wird auch von den Vertretern der Wissenschaft geteilt; aber die Großgrundbesitzer halten es mit dem Wort: **„Die Wissenschaft ist gut, wenn sie unsern Willen tut."** Daß aber die Klagen der Großgrundbesitzer über ihre schlechte Lage nicht berechtigt sind, das läßt sich vielfach nachweisen. Redner tut dies. Bei der Landarbeiterschaft wirkt sich die Krise viel stärker aus.

Viele Landarbeiter sind buchstäblich am Verhungern.

Der Redner zeigt an einer Reihe von Zahlen, wie schlecht die ostpreußischen Landarbeiter bezahlt werden. **So erhält ein erwachsener Landarbeiter über 18 Jahre im Kreise Gumbinnen 12,2, im Kreise Rosenberg 14,2, im Kreise Königsberg 13,4 Pf. an Stundenlohn.** Noch schlechter sind die Löhne der weiblichen Landarbeiter. **Eine Arbeiterin erhält für neunstündige Arbeit während der vier Erntemonate im ganzen 1,20 M.** Außerdem ist es nicht richtig, das Lohnniveau dafür verantwortlich zu machen, wenn es der Landwirtschaft schlecht geht. Auf der andern Seite erzielen die Großgrundbesitzer weit höhere Preise für Weizen, Roggen und Gerste als in der Vorkriegszeit; auch **die Fleischpreise sind wesentlich höher.** Dagegen haben sie für landwirtschaftliche Maschinen und für Düngemittel und im vorigem Jahr auch für Kohle billigere Preise zu zahlen. Daß sich die Lage der Landwirtschaft seit dem vorigen Jahr gebessert hat, kann man auch daran sehen, daß die Zinssätze von 50 bis 60 Prozent auf 14 bis 16 Prozent herabgegangen sind. Wenn auch das noch unerhört hohe Zinsen sind, so kann doch nicht verkannt werden, daß eine Erleichterung eingetreten ist.

Die Landarbeiter hingegen wandern in ganzen Scharen nach dem Westen ab. Von einem Vertreter des Ministeriums wurde erklärt, daß das eine „ganz normale Erscheinung" sei. Wollen Sie (zu den Deutschnationalen) das Land polonisieren lassen? Das Wohnungselend schreit zum Himmel. (Lachen rechts.) Ueber diese ernste Situation lachen Sie noch! Die Zahl der Tuberkulosekranken, der an Unterernährung leidenden Kinder wächst auch auf dem Lande in erschreckendem Maße, trotzdem hier die Fabrik als Ursache nicht bezeichnet werden kann. Auch die Behandlung der Landarbeiter läßt viel zu wünschen übrig. So hat ein Gutsbesitzer eine hochschwangere Frau, die bereits elf Kinder zur Welt gebracht hatte, als „tragende Sau" beschimpft.

In vielen Fällen wird noch geprügelt,

trotzdem die Prügelstrafe nach Aufhebung der Gesindeordnung nicht mehr angewandt werden soll. In einem Fall ist eine schwangere Frau von einem Gutsbesitzer in den Stall des Wirtes gebracht worden, wo sie gebären mußte. (Hört! hört! bei den Soz.)

Wir fordern, daß die Landarbeiter in die Arbeitslosenversicherung mit einbezogen werden. Den Arbeitslosen wird sogar das Kartoffelland verweigert. Das hat auch ein Mitglied der deutschnationalen Fraktion im Falle eines armen Invaliden getan. Auf den Zuruf von deutschnationaler Seite, der Redner möge den Namen nennen, sagt er, daß es sich um den Grafen Oldenburg handle.

Die Forderungen nach Hochschutzzöllen lehnen wir ab, weil sie nicht im Interesse der kleinen Landwirte und der Landarbeiter liegen. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion muß